

Streit um Höhe der Kreditsumme

Entscheidung über Volumen der ausleihbaren Summe aus dem Euro-Rettungsschirm steht an

Von Giorgio Tzimurtas

Brüssel/Vechta – Diesmal kann es keinen Kompromiss geben. Im Streit um die sogenannte Aufstockung des Euro-Rettungsschirms setzen sich entweder die Gegner oder die Befürworter durch. Eine Entscheidung hierüber soll am Freitag auf dem EU-Gipfel in Brüssel fallen. Die Ausgangslage: Der Schutzschirm umfasst zwar sagenhafte 750 Milliarden Euro. Doch nur auf dem Papier. Die Summe ist nicht als Einlage vorhanden. Sie muss bei Bedarf organisiert und zu einem Großteil sogar erst am Kapitalmarkt be-



sorgt werden. Für letzteres ist der EFSF zuständig, eine Art Geldbeschaffungsbehörde (siehe Kasten). Der EFSF kann aktuell nur für rund 250 Milliarden Euro eintreten. Vorgesehen ist aber ein Anteil von 440 Milliarden Euro. Die zentrale Frage lautet: Wird die ausleihbare Summe auf die ursprünglich festgelegte Höhe gebracht oder nicht?

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zeigt sich von ihrer unnachgiebigen Seite. Ihre Position drückte Regierungssprecher Steffen Seibert so aus: „Die deutsche Haltung ist und bleibt, dass der Rettungsschirm seine Funktion erfüllen muss – und das kann er im Moment.“ Merkels wichtigster Verbündeter ist der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy. Auch Österreich und die Niederlande stemmen sich gegen ein Hochschrauben der Summe. Doch das Bündnis der Bremsen ist einem enormen Druck ausgesetzt.

Für eine Erhöhung der verfügbaren Kreditsumme setzt sich eine breite Allianz ein: Es sind die klammen Länder in der Euro-Zone: Portugal, Spanien, Italien und Belgien. Aber auch das finanziell sehr solide Luxemburg verfolgt dasselbe Ziel. Auf einer Linie mit ihnen liegt EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Ebenso drängt der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), Jean Trichet, auf eine Anhebung.



Baustelle Euro-Schutzschirm: Aktuell debattieren die EU-Staaten über eine Anhebung der ausleihbaren Summe aus dem Rettungsfonds für Pleite-Kandidaten. Ob Befürworter oder Gegner sich durchsetzen, ist offen.
Foto: dpa

In der erhitzten Debatte hat Trichets Stimme ein besonderes Gewicht: Er ist der oberste Wächter über die Stabilität der Gemeinschaftswährung – unabhängig von Weisungen aus den EU-Staaten oder EU-Institutionen. Eben deshalb geht der Vechtaer Europa-Abgeordnete



Hans-Peter Mayer

Hans-Peter Mayer (CDU) davon aus, dass die neue faktische Kreditlinie bei 440 Milliarden Euro liegen wird. Mayer selbst ist überzeugt: „Es muss solch ein riesiges Zeichen in Richtung Kapitalmärkte geben, damit diese ruhig bleiben.“ Das Signal sollte lauten: „Wenn es notwendig ist, stehen zur Rettung von Euro-Ländern auch 440 Milliarden zur Verfügung.“

Ebenso wertet der SPD-Europaabgeordnete Matthias Groote aus Rhauderfehn die anstehende Situation auf dem EU-Gipfel: „Es darf nicht sein, dass Spekulant die Nachricht bekommen, ganze Volkswirtschaften zerstören zu können.“ Groote geht davon aus, dass die Bundesregierung im Gegensatz zu ihren offiziellen Verlautbarungen längst zur 440-Milliarden-Marge bereit ist.

„Hier werden Nebelkerzen geworfen, damit man nicht eingestehen muss, dass man falsch lag“, sagt der Sozialdemokrat.

Deutschland habe bei der Einrichtung des Euro-Schutzschirms „ein schlechtes Bild abgegeben“, lautet Grootes Urteil. „Man wusste im Voraus, dass der Fonds erhöht werden muss“, mutmaßt er.

Wie aber könnte die Aufstockung auf verfügbare 440 Milliarden Euro aussehen? Zwei Möglichkeiten werden diskutiert. Variante eins: Hauptsächlich Staaten mit Bestwerten der Rating-Agenturen würden für den Fonds als Bürgen auftreten – darunter auch Deutschland. Die anderen Euro-Staaten bürgen hier erst in einer zweiten Stufe. Variante zwei: Der EFSF wird mit Kapital ausgestattet. Dieses soll seine hohe Rating-Einstufung garantieren.

Bei beiden Strategien geht es darum, mehr Geld zu günstigen Konditionen auf dem Kapitalmarkt organisieren zu können. In beiden Fällen fiele eine Hauptlast auf Deutschland. Aktuell bürgt die Bundesrepublik im äußersten Fall mit rund 148 Milliarden Euro.

Ansichts dieser Situation werden Stimmen laut, die auf einen Rauswurf der von einer Pleite bedrohten Staaten aus der Euro-Zone drängen. Oder auf die Einführung eines Nord- und eines Süd-Euro. Solche Ansich-

ten, sagt der SPD-Europaabgeordnete Groote, würden „an Wirtschaftskriminalität grenzen“. Deutschland habe mit seiner Exportabhängigkeit ein besonderes Interesse an der Stabilität des Euro. Ebenso an der fortwährenden Teilhabe der Euro-Länder an der Gemeinschaftswährung. Der Großteil der deutschen Ausfuhr gehe schließlich in die anderen EU-Staaten.

Der EFSF ist bis 2013 befristet. Er soll vom Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) abgelöst werden, über dessen Ausgestaltung noch verhandelt wird. Groote mahnt eine schnelle Radikal-Reform zur Euro-Ab-sicherung an. „Wir brauchen einen Europäischen Währungsfonds“, sagt er. Er plädiert zudem für eine Vereinheitlichung der Wirtschafts-, Steuer- und Sozialpolitik in der EU. „Ich wünsche mir hier mehr Mut der 27 Staats- und Regierungschefs.“

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) gab bereits zu: Eine verstärkte Koordinierung der Mitgliedstaaten auf diesen Politikfeldern sei notwendig. Wann diese Lehre gezogen wird, bleibt ungewiss. Mayer fordert für die Zwischenzeit: „Jeder einzelne Staat muss eine glaubwürdige Politik machen.“



Matthias Groote